

Erinnerung gemeinsam schaffen

Das Archiv als Lernort im Schulunterricht

Monika Kleinschnitger

„Hohe verstaubte Regale, unzählige Bücher und magische Treppen wie bei Harry Potter“ so lautet die übliche Erwartung an einen Besuch im Archiv. Meistens weniger aufregend und deutlich nüchterner präsentiert sich das Ambiente vor Ort. Ist es doch in erster Linie ein Handwerk, das ausgeübt wird: die angemessene Aufbewahrung und der Erhalt der Archivalien, die Zu- und Einordnung in ein Verwaltungssystem und die Restaurierung der Urkunden und Dokumente. Aufregender sind die Inhalte, um „vergangene Ereignisse und Geschehnisse zu rekonstruieren“ wie es ein Schüler formulierte.

„Im Landesarchiv war ich noch nie“ – das ist meistens die Rückmeldung, die Schülerinnen und Schüler geben, wenn es darum geht, sie für einen Besuch eines Archivs zu interessieren. Ausnahmen sind diejenigen, die sich schon mit der Geschichte der eigenen Familie beschäftigt haben und dazu auf die Recherche in den notwendigen Archivalien verwiesen werden. Das ist häufig der Einstieg in die Welt des Archivs.

Nach wie vor ist es vor allem die Zeit des Nationalsozialismus als Periode der deutschen und europäischen Geschichte, die hohes Interesse im Unterricht und vor allem darüber hinaus weckt. Dieses ungebrochene Interesse an der Zeit des Nationalsozialismus und europäischen Faschismus kann genutzt werden, um Rassismus, Ignoranz und Gewaltherrschaft als Parameter einer Diktatur zu entlarven und um für Toleranz, Friedlichkeit und Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft zu werben. Es braucht gemeinsames Erinnern, um sich freiheitlicher, toleranter und liberaler Grundwerte zu vergewissern. Die Verfolgung von Minderheiten, die Themen Flucht und Neuanfang – das sind die menschlichen Erfahrungen, an die angeknüpft werden kann und die so den Bogen von der NS-Zeit in unsere heutige Zeit spannen.

Bei vielen jungen Menschen gehört die Geschichte des Nationalsozialismus zwar zur Geschichte „ihrer“ Stadt, aber nicht zu der „ihrer“ Familie. Es gibt nicht die Familiengeschichte, die noch Täter und Opfer in der NS-Zeit ausmachen kann, um eigene Bezüge herzustellen. Aber es gibt andere eigene Familiengeschichten, in denen Flucht, Unterdrückung, Verfolgung und Neuanfang vorkommen – persönliche Erfahrungen, an die bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen angeknüpft werden kann und die so den Bogen von der NS-Zeit in unsere heutige Zeit spannen. So werden Rassismus, Ignoranz und Gewaltherrschaft als Parameter einer Diktatur entlarvt.

Erinnern heute – und wie gelingt erinnern zukünftig? Dieses Thema beschäftigt mich als Lehrerin für das Fach Geschichte und als Sprecherin des Vereins Ludwigshafen setzt Stolpersteine e.V. Das prägt die Erinnerungsarbeit unseres Vereins mit der Zeit des Nationalsozialismus, die sich immer irgendwie gerade nach einer Verlegung von Stolpersteinen oder eben vor einer Verlegung von Stolpersteinen befindet. Mehr als 54.000 verlegte Stolpersteine in 1.600 Orten legen sich wie ein Gedenknetz über Europa – die Spur des Schreckens wird überall dort sichtbar. Seit 2007 bereiten wir diese Verlegungen mit Gunter Demnig in Ludwigshafen vor.

200 Steine (Stand 2016) sind hier inzwischen verlegt worden. Die Verlegung dieser Stolpersteine ist ein wichtiger Gedenkmoment, eine würdige Zeremonie, ein Ort, der erinnert: Zum Beispiel an Heinrich Michel und seine Familie oder auch an Paul Liebel und seine Frau, die in Ludwigshafen lebten. Nahezu über Nacht wurden sie zu rassistisch und politisch verfolgten Opfern eines Willkürstaates. Ihr Einzelschicksal steht somit gleichsam exemplarisch für die Verfolgung, Unterdrückung, Deportation und Ermordung durch die Nationalsozialisten. Aber: Der zuletzt gewählte freiwillige Wohnort für die Verlegung dieser Erinnerungssteine ist auch immer der Tatort. Spätestens dann war das Leben für die Opfer nicht mehr selbstbestimmt. Aber die Schikanen, Entwürdigungen und Entrechtungen fingen ja viel früher an. Was uns zwischen den Verlegungen bewegt, das sind vor allem die intensiven Recherchen, die Überlegungen zur Vermittlungsarbeit und Ideen zur Umsetzung. Diese dezentrale Gedenkstätte fordert alle heraus, sich mit den Schicksalen der Verfolgten auseinanderzusetzen. Dieses Verständnis einer aktiven Gedenkarbeit ist Teil einer lebendigen Erinnerungskultur einer Gesellschaft, die sich mit den Menschen ändert, die sie ansprechen soll.

Das Pfalz-Kolleg in Speyer, an dem ich unterrichte, ist nur einen Steinwurf vom Landesarchiv entfernt. Ein Kolleg und Abendgymnasium, das jungen Erwachsenen die Möglichkeit bietet, auf dem Zweiten Bildungsweg ihr Abitur zu machen. Wir können den weißen Bau in den Blick nehmen und doch bleiben die wahren Schätze verborgen. Es gibt kein „authentischeres“ Material zu der im Unterricht betrachteten Zeit, um Geschichte konkret erfahrbar machen zu können, als die Akten, die dort lagern. Der Bestand der Gestapostelle Neustadt¹ an der Weinstraße mit über 12.000 Akten gibt Einblicke in den Verfolgungs- und Überwachungsapparat der Geheimpolizei, ebenso die Akten der Saarpfälzischen Vermögensverwertungsgesellschaft,² die Diebstahl, Raub und Enteignung von deportierten Verfolgten als Akt einer legalen Vermögensübertragung kaschieren. Beide Aktenbestände geben Innenblicke in die strukturellen Verwaltungsabläufe einer Diktatur und zugleich sind sie Spiegel und Abbild der menschlichen Abgründe. Aktiver lassen sich Geschichtsunterricht und Gedenkarbeit kaum gestalten.

Mit Hilfe der Kindertransporte vor 75 Jahren gelangten mehr als 10.000 Kinder und Jugendliche aus dem Deutschen Reich nach England. Auslöser waren die Pogrome der Nationalsozialisten am 9. und 12. November 1938. Auch Ursula Michel aus Ludwigshafen konnte mit einem der letzten Kindertransporte im August 1939 nach England fliehen. Ihre Eltern Heinrich und Gertrud und ihre jüngere Schwester Lilli, die 1942 von den Nazis deportiert und ermordet wurden, sah sie nie wieder. Judith Rhodes, Tochter von Ursula Michel, kam zum Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern in das Landesarchiv Speyer.³ Die beiden Leistungskurse der 12. und 13. Jahrgangsstufe des Staatlichen Pfalz-Kollegs und -Abendgymnasiums haben sich innerhalb ihres Unterrichts mit der Biographie von Ursula Michel beschäftigt und bereits früher im Landesarchiv gearbeitet und sich auch mit folgenden Fragen befasst: Wie lebt man weiter, wenn die Familie ermordet wurde? Wie gibt man diese Erfahrungen weiter? Welche Bedeutung hat dieses Trauma für die spätere Familie? Wie begegnet man Deutschland und den Deutschen?

1 Landesarchiv Speyer, Bestände H 90 und H 91.

2 Landesarchiv Speyer, Bestand T 104.

3 Vgl. den Beitrag von Judith Rhodes in diesem Band.

Judith Rhodes nahm bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal Einsicht in die Personalakte ihres Großvaters Heinrich Michel. Heinrich Michel stammte aus Oberlustadt, er war Justizinspektor am Amtsgericht in Ludwigshafen und bayerischer Beamter.⁴ Ein weiteres Puzzleteil in der Spurensuche nach den familiären Wurzeln für Judith Rhodes, an der sie die Schüler teilhaben ließ. Das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 ist Teil des schulischen Curriculums und wird in jedem Schulbuch thematisiert, um das Jahr 1933 in seinen schnellen Schritten von einer Demokratie hin zu einer Diktatur zu verstehen. In der Personalakte von Heinrich Michel lässt sich der „Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933“ finden. Ausgefüllt und unterschrieben „in seiner Dienstpflicht“ von ihm im Original, in der vor allem seine Abstammung erfasst, die der Eltern und der Großeltern väterlicherseits und mütterlicherseits ebenso. Genützt hat ihm und seiner Familie auch nicht, dass er am 20. August 1934 den Eid auf „den Führer des Deutschen Reiches und Volkes“ geschworen hat⁵, denn mit Schreiben vom 9. Dezember 1935 erfolgt die Entscheidung über die „Zurruhesetzung der jüdischen Beamten“⁶. Damit war die Familie zunächst ihrer ökonomischen Existenz beraubt – in der Folge ihrer menschlichen.

Eine Gruppe Jugendlicher zündet Kerzen an, Fotos von Paul Liebel (Jg. 1900) und seiner Frau Karola (Jg. 1903) werden auf einer kleinen Staffelei vor dem Haus in der Landeckstraße 37 in Ludwigshafen-Mundenheim aufgestellt. Paul Liebel jun. (Jg. 1923) steht staunend davor, als Jugendliche Stationen des Lebens seines Vaters und der Familie im öffentlichen Raum bei der Stolpersteinverlegung im März 2016 nachspielen. Die Erinnerung an seine Kindheit in diesem Elternhaus wird wach und ist wieder ganz nah für ihn. Die Jugendlichen des Kurses Darstellendes Spiel am Heinrich-Böll-Gymnasium in Ludwigshafen-Mundenheim haben sich gemeinsam mit ihrer Lehrerin Lea Schön mit der Gestapo-Akte⁷ von Paul Liebel intensiv befasst und daraus Szenen entwickelt, die die Verfolgung des politisch aktiven jungen Mannes in der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Gegenwart transportieren. Es beginnt mit dem „Schutzhaftbefehl“ vom 30. Juni 1933, der sich auf „§1 der V.O. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933“ stützt und in der Polizeihauptwache Ludwigshafen a. Rh. vollzogen wird, um „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu gewährleisten. Im Anschluss wird er in das KZ Dachau überführt und dort bis zum 15. Februar 1934 „verwahrt“. Nach seiner Entlassung stand er weiterhin unter Polizeiaufsicht. Diese zwei Schicksale dienen als Beispiele, wie das Lernen an konkreten Lebenswegen mit einem Blick in die relevanten Akten gelingen kann. Die Nutzung solcher Quellen erfordert einige Vorüberlegungen und Vorbereitungen – egal welches Archiv ich letztlich besuchen will: Mit welcher Absicht soll der Archivbesuch erfolgen und welche Funktion hat dieser Besuch? Was kann es bieten? Welche Akten sind „zugänglich“ und wie können die Akten im Kontext eingebunden werden und somit zum historischen Verständnis beitragen. Wie soll der Besuch ablaufen: Als Vortrag oder Präsentation oder soll zum eigenständigen Arbeiten angeregt werden? Im Anschluss dann auch die Nachbereitung und die Reflexion: Was können die Schülerinnen und Schüler für sich mitnehmen?

4 Landesarchiv Speyer, Bestand J 3, Nr. 878.

5 Reichsgesetz vom 20. August 1934.

6 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzblatt 1935, I, S. 1333, §4 Abs.2.

7 Landesarchiv Speyer, Bestand H 91, Nr. 5180.